

**4050 b**

KR-Nr. 384/2000

**Ergänzungsbericht  
des Regierungsrates an den Kantonsrat  
zum Postulat KR-Nr. 384/2000  
betreffend Staatskundeunterricht**

(vom 11. Dezember 2003)

Der Kantonsrat hat am 26. März 2001 das von den Kantonsräten Thomas Dähler, Zürich, und Dr. Jean-Jacques Bertschi, Wettwil a. A., sowie Kantonrätin Brigitta Johner, Urdorf, am 27. November 2000 eingereichte Postulat zur Berichterstattung und Antragstellung überwiesen. Der Regierungsrat wurde darin eingeladen, selbstständig oder auf dem Weg über die Erziehungsdirektorenkonferenz darauf hinzuwirken, dass der Unterricht in Staatskunde und aktualitätsbezogener Geschichte in geeignetem Rahmen und Umfang bereits ab dem 7. Schuljahr erteilt wird.

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 5. Februar 2003 Bericht erstattet und den Antrag gestellt, das Postulat KR-Nr. 384/2000 als erledigt abzuschreiben (Vorlage 4050).

Der Kantonsrat hat den Regierungsrat am 16. Juni 2003 gemäss Antrag der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) vom 15. April 2003 zur Ausarbeitung eines Ergänzungsberichts bis Ende 2003 eingeladen. Daraus soll konkret hervorgehen, mit welchen Massnahmen die Förderung des Staatskundeunterrichts bereits ab dem 7. Schuljahr umgesetzt werden kann. Erwartet werden auch eine Aussage über die finanziellen Auswirkungen der geforderten Massnahmen und ein Zeitplan, bis zu welchem diese realisiert werden (Vorlage 4050 a).

---

Der Regierungsrat erstattet hiezuh folgenden Ergänzungsbericht:

Die Volksschule hat gemäss § 1 des Volksschulgesetzes (LS 412.11) den Auftrag, die Kinder und Jugendlichen zu einem Verhalten zu erziehen, das sich an demokratischen Wertvorstellungen orientiert. Sie strebt eine Entwicklung der Kinder zu selbstständigen, verantwortungsbewussten und gemeinschaftsfähigen Menschen an. Dieses Ziel muss die gesamte Volksschule prägen, wobei der Persönlichkeit der

Lehrkräfte grosse Bedeutung zukommt. Wie Lehrpersonen Normen setzen, Entscheidungen finden, Konflikte regeln, wie sie Meinungen vertreten, mit Kindern und Jugendlichen, mit Kolleginnen und Kollegen umgehen, hat für die Erziehung der Kinder und Jugendlichen zu mündigen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern Modellcharakter.

Folgende Anstrengungen werden unternommen, um den Stellenwert und Verbindlichkeitsgrad der politischen Bildung zu erhöhen:

In Zusammenarbeit zwischen pro juventute und der Bildungsdirektion ist das Projekt «Kinder lernen ihre Rechte kennen» für Mittelstufenschülerinnen und -schüler entstanden. Im Rahmen seiner Durchführung wird den Kindern der Blick dafür geöffnet, dass Rechte stets auch mit Pflichten verbunden sind. Schülerinnen und Schüler erleben, wie sie durch die eigene Mitwirkung das Geschehen, z. B. im Schulzimmer oder auf dem Pausenplatz, beeinflussen können. Solche Erfahrungen können die spätere politische Aktivität positiv beeinflussen. Das Projekt kann den Schulgemeinden demnächst angeboten werden. Die Kosten für den Kanton belaufen sich auf Fr. 500 je teilnehmende Klasse. Ein gleicher Kostenbeitrag wird den Gemeinden belastet, wenn sie vom Angebot der pro juventute Gebrauch machen. Vor-erst kann die Teilnahme von rund 150 Klassen im Zeitraum Frühling 2004 bis Ende 2005 mitfinanziert werden.

Mit einem Rundschreiben der Bildungsdirektion an alle Oberstufenschulhäuser sowie an die Kantons- und Berufsschulen wurde auf die Unterrichtsmaterialienreihe «Zur Zeit» aufmerksam gemacht und den Lehrpersonen empfohlen, sie für den aktualitätsbezogenen Geschichtsunterricht an den Sekundarstufen I und II zu verwenden. Gleichzeitig wurden die Lehrpersonen angehalten, die Wahlen zum Anlass zu nehmen, staatskundliches Wissen zu vermitteln und mit dem neusten Themenheft «Jugend und Politik» der oben erwähnten Reihe aus dem Berner Lehrmittelverlag zu arbeiten.

Die Lehrpläne «Mensch und Umwelt» sowie «Deutsch» enthalten verbindliche Ziele des fächerübergreifenden Unterrichtsgegenstands «Politische Bildung». Der Bildungsrat hat die Bildungsdirektion beauftragt, diese Ziele und Inhalte neu zu einem eigenen Lehrplanteil zusammenzuziehen, damit sie stärker ins Bewusstsein der Lehrpersonen dringen und im Unterricht den notwendigen Platz finden. Hinweise zur Gestaltung des Unterrichts in politischer Bildung werden die Ziele und Inhalte ergänzen. Die Arbeiten für den separaten Lehrplanteil werden ungefähr Fr. 10 000 kosten. Ein eigenständiges Fach mit einem regelmässigen wöchentlichen Anteil kann jedoch nicht in die Lektionentafel aufgenommen werden, da die Gesamtlektionenzahl der Jugendlichen bereits hoch ist und zusätzliche Unterrichtslektionen jährlich wiederkehrende Ausgaben zur Folge hätten. Eine zusätzliche Jahreslektion eines Jahrgangs kostet gesamthaft rund 3 Mio. Franken.

Der Kanton beteiligt sich daran mit etwa 0,7 Mio. Franken, die Gemeinden hätten insgesamt 2,3 Mio. Franken zu bezahlen, was zurzeit nicht in Frage kommt. Politische Bildung soll phasenweise und auf Aktualitäten bezogen in den Unterricht in Mensch und Umwelt und in den Deutschunterricht integriert werden.

Die Interkantonale Lehrmittelzentrale koordiniert auf Initiative des Kantons Zürich die interkantonale Zusammenarbeit zur Schaffung weiterer Unterrichtsmaterialien zur politischen Bildung.

An der Pädagogischen Hochschule werden neue Ausbildungsmodule durchgeführt, welche die Sensibilisierung der Studierenden bezüglich der politischen Bildung verstärken und sie auf die Umsetzung in der Praxis vorbereiten.

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das Postulat KR-Nr. 384/2000 als erledigt abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:  
Huber

Der Staatsschreiber:  
Husi